

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/150

9. August 1976

Im Wirtschafts-Olympia an erster Stelle

Deutsche Leistungen im internationalen Zahlenvergleich

Von Philip Rosenthal MdB

Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion

Seite 1 / 43 Zeilen

Auch Entwicklungshelfer brauchen Hilfe

Sie haben nach ihrer Rückkehr Unterstützung verdient

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 2 / 32 Zeilen

Evangelische Kirche und der Reform-§ 218

Alle Kräfte zur Lösung dieses Problems mobilisieren

Von Rüdiger Reitz

Referent für evangelische Kirchenfragen im SPD-Vorstand

Seite 3 und 4 / 62 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ist Niederschießen auch "Wettbewerb"?

Seite 5 und 6 / 68 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Hausellweg 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 08 88 816-18 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Im Wirtschafts-Olympia an erster Stelle

Deutsche Leistungen im internationalen Zahlenvergleich

Von Philip Rosenthal MdB

Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Mit nationalen Olympia-Leistungen lassen sich die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik unter der sozial-liberalen Regierung seit 1969 vergleichen. Wie im Sport kommt es ja auch in der Wirtschaftspolitik nicht in erster Linie auf die absoluten Zahlen an, denn Weltrekorde hängen von Wetterbedingungen (Gegenwind) genauso ab, wie nationale wirtschaftliche Rekorde von der weltwirtschaftlichen Situation (Energie- und Rohstoff-Preiserhöhungen).

In der für die Arbeitnehmer entscheidenden wirtschafts-olympischen Disziplin "Arbeitnehmer-Einkommen" liegt die Bundesrepublik jetzt nach den reichen USA, nach der Schweiz und nach Schweden an vierter Stelle aller 143 Länder der Welt.

In der wirtschafts-olympischen-Disziplin "Arbeitslose" liegt die Bundesrepublik mit 4,2 vH vor Frankreich mit 5,5 vH, Italien mit 6,2 vH und den USA mit 8,1 vH.

Auch in der wirtschaftlichen Disziplin "Investionsklima für die Unternehmen" zeigt am deutlichsten die Steigerung des Wertes der deutschen Mark gegenüber dem Franc mit 23 vH, dem Dollar mit 52 vH, der Lira mit 66 vH und dem englischen Pfund mit 80 vH, dass es nicht nur keine Kapitalflucht aus der Bundesrepublik gibt, weil sich die Unternehmer etwa anderswo sicherer fühlen, sondern im Gegenteil fließt das Geld nach Deutschland - begehrte D-Mark, steigende Kurse -, weil hier das Klima für Investitionen günstiger ist. Warum: Weil es durch die regierenden Sozialdemokraten bei uns sozialen Frieden gibt. In Italien, wo die Bruderpartei der Union regiert, gibt es 25-mal soviel durch Streiks verlorene Arbeitstage.

Schließlich ist der Versuch, die Sozialdemokraten gegenüber den früheren unionsgeführten Regierungen als unzuverlässige Kämpfer für die Geldwertstabilität hinzustellen, durch folgenden bisher nicht gemachten Vergleich widerlegbar.

1960, unter der Regierung Adenauer, hatten wir nur einen Geldwertverlust von 1,4 vH. Aber in jenen ruhigen Zeiten lag die Geldwertminderung der anderen Industriestaaten USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Schweiz im Durchschnitt nur bei zwei vH. Unser Vorsprung betrug also 0,6 vH. Und 1965 - unter der Regierung Erhard - hatten wir schon 3,3 vH, die anderen im Durchschnitt 3,5 vH, lagen also nur 0,2 vH schlechter. 1970, bei bereits sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, hatten wir eine Geldwertminderung von 3,4 vH, aber die anderen lagen mit einem Durchschnitt von 5,2 vH schon 1,8 vH schlechter als wir.

1975, in der Zeit der weltwirtschaftlichen Krise, der Steigerung der Rohöl- und Rohstoffpreise hatten die anderen Industriestaaten eine durchschnittliche Geldwertminderung von 13,8 vH und die Bundesrepublik unter der sozialdemokratisch geführten Regierung Schmidt nur eine von sechs vH (inzwischen sogar auf 4,5 vH zurückgegangen), also einen Vorsprung von 7,8 vH vor dem Durchschnitt der Industriestaaten.

Alle diese Zahlen zeigen deutlich, welcher Staat in der Welt wirtschafts-Olympia unter widrigen Bedingungen den Medallensiegen nach Hause getragen hat: die Bundesrepublik unter der sozial-liberalen Regierung.

(-/9.8.1976/ve/e)

Auch Entwicklungshelfer brauchen Hilfe

Sie haben nach ihrer Rückkehr Unterstützung verdient

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Angehörigen der deutschen freiwilligen Entwicklungsdienste gehen ohne Erwerbabsicht in die Dritte Welt. Sie nehmen neben allen anderen Schwierigkeiten und Problemen ihrer Tätigkeit erhebliche finanzielle Einbußen gegenüber den Daheimgebliebenen in Kauf. Deshalb kommt ihnen eine besondere Schutzwürdigkeit zu. Dies ist zuletzt bei der Novellierung des Entwicklungshelfergesetzes bekräftigt worden.

Diese Schutzwürdigkeit und die sich daraus ergebende Schutzpflicht des Staates erstreckt sich auch auf die zurückkehrenden Entwicklungshelfer, die nach ihrem mindestens zweijährigen Auslandsaufenthalt ganz neu beginnen müssen. Sie brauchen einen Arbeitsplatz und eine Wohnung, sie müssen durch Weiterbildung den Anschluß an die technologische und wissenschaftliche Entwicklung an die Bundesrepublik halten oder durch Umschulungen der geänderten Arbeitsmarktlage Rechnung tragen.

Eine wichtige Rolle bei dieser Rückgliederung in unser Arbeitsleben spielt das "Förderungswerk für rückkehrende Fachkräfte aus der Entwicklungshilfe", das von der Beneberger "Kübelstiftung" und den deutschen freiwilligen Entwicklungsdiensten getragen wird. Es berät die heimkehrenden Entwicklungshelfer, unterstützt sie bei der Arbeitssuche und hilft ihnen bei der Finanzierung ihrer weiteren Aus- oder Fortbildung. Beispielsweise springt es bei Leuten ein, auf die als Folge ihrer Tätigkeit im Entwicklungsdienst die Bafög-Regelungen nicht anwendbar sind. In dieser Funktion wird das Förderungswerk vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit jährlich 300.000 bis 500.000 DM unterstützt, eine Summe, die den weitaus größten Anteil der ihm zur Verfügung stehenden Mittel darstellt.

Das Förderungswerk ist eine hochwirksame Einrichtung, die bei den Entwicklungshelfern hohes Ansehen genießt. Nur wenige andere Institutionen sind in der Lage, bei dieser Tätigkeit die besonderen Probleme der Entwicklungshelfer umfassend zu berücksichtigen. Dies gilt etwa für die Berufsberatungen und die Bildungsberatung. Auf diese Weise kann den Entwicklungshelfern wirksam geholfen werden. Diese Hilfe hat jeder einzelne von ihnen wahrlich verdient.
(-/9.8.1976/va/e)

+ + +

Evangelische Kirche und der Reform-§ 218

Alle Kräfte zur Lösung dieses Problems mobilisieren

Von Rüdiger Reitz

Referent für evangelische Kirchenfragen im SPD-Vorstand

Vor kurzem erschien eine Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) "Wort des Rates der EKD anlässlich des Inkrafttretens der neuen strafrechtlichen Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch". Sie erinnert die Verantwortlichen im Staat an die Frage: Wie ist es um die Praktizierung der am 21. Juni in Kraft getretenen neuen Bestimmungen tatsächlich bestellt? Die bisher vorliegenden Informationen jedenfalls lassen böse Ahnungen aufsteigen. Sie sind geeignet, viele Überzeugte Streiter von damals auf der Stelle resignieren zu lassen. Man schaue sich nur einmal allein die prekäre Lage im Krankenhausbereich in und um die Bundeshauptstadt Bonn an!

Zwar haben die Parlamentarier das neue Gesetz gemacht; an den Ärzten liegt es aber jetzt, ob demokratische Prozeduren nicht stillschweigend wieder zurückgedraht werden. Denn die Kernfrage lautet: Finden sich genügend Ärzte, um den Abtreibungstourismus ins Ausland abzuschwächen und den Gang zum Kurpfuscher endlich zu vereiteln? Sind unsere Ärzte in ihrer Gesamtheit - auch unter Berücksichtigung des Weigerungsrechtes, an einer Abtreibung mitzuwirken - loyal gegenüber Demokratie und Grundgesetz?

Die Praktizierung des neuen Gesetzes ist zugleich eine Antwort auf diese Frage. Der leidenschaftliche Appellcharakter der soeben veröffentlichten Stellungnahme des Rates der EKD entspricht dem Ernst der Lage: "Kirche, Staat und Gruppen der Gesellschaft haben in den letzten Jahren oft ihre Hilfe in Aussicht gestellt. Dies dürfen keine leeren Versprechungen bleiben." Fürwahr, denn der Widerstand gegen eine der Würde der Frau entsprechende Verwirklichung des neuen Gesetzes wird immer spürbarer. Was aber kann die evangelische Kirche tun?

Zunächst einmal unterbreitet sie Vorschläge für die Beratung: "... raten wir dazu, daß Ärzte, Krankenhausträger, kirchliche Einrichtungen, gesellschaftliche Gruppen und kommunale Stellen zu Arbeitsgemeinschaften

zusammentreten, um die unter den örtlichen Verhältnissen bestmöglichen gemeinsamen Dienste zur Beratung von schwangeren Frauen zu schaffen."

Mit Blick auf den Schwangerschaftsabbruch selbst scheint man in der evangelischen Kirche Wege einschlagen zu wollen, die Loyalität gegenüber dem Gesetzgeber mit dem geschärften Blick für die gewissenmäßigen und sozialetischen Anforderungen der Stunde in Einklang bringen. Dazu heißt es in der Stellungnahme des Rates der EKD: "Die neue Rechtslage stellt die Träger evangelischer Krankenhäuser miteamt ihren Ärzten und Mitarbeitern vor schwerwiegende Entscheidungen... In vielen Fällen wird in evangelischen Krankenhäusern die Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch abgelehnt, wenn sich der ausführende Arzt nicht verantwortlich vergewissern kann, daß nur auf diese Weise die schwangere Frau vor einer schwerwiegenden Gefährdung bewahrt werden kann. Es müssen in einem evangelischen Krankenhaus Wege gesucht werden, diese Vergewisserung sicherzustellen."

An dieser Stelle sei die in gewisser Hinsicht provokatorische Frage gestellt: Muß die evangelische Kirche ihre Krankenhäuser nicht sogar für die bedrängten Frauen verstärkt zu einem Zeitpunkt öffnen, wo sich die Gefahr abzeichnet, daß das neue Gesetz in seiner sozialen Verwirklichung aufs Äußerste gefährdet ist? Und schließlich: Die evangelische Kirche sollte alle ihr dafür geeigneten Kräfte mobilisieren, um unverzüglich in die Klärung eines Problems von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung einzugreifen. Gemeint ist der Bereich der persönlichen Gewissensentscheidung. Brauchen wir hier nicht eine neue Diskussionslage, wenn sich herausstellt, daß die individuelle Gewissensentscheidung, wird sie massenhaft praktiziert, den sozialen Auftrag des Rechtsstaates aufs Spiel setzen kann?

Es wäre z. B. denkbar, daß die evangelische Kirche die individuelle Gewissensentscheidung der in ihren Einrichtungen Beschäftigten, viel stärker, als das bisher der Fall war, vor dem Hintergrund einer nach wie vor anklagenden und skandalösen Notlage von Frauen ganz neu problematisiert. Muß nicht die Einsicht in diese Notlage die Eigenständigkeit der individuellen Gewissensentscheidung durch die Hinwendung zur "Sozialpflichtigkeit" des Gewissens einschränken?

Oder muß die staatlich eingerichtete Abtreibungsklinik doch das letzte Wort sein?

(-/9.8.1976/mie/e)

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ist Niederschießen auch "Wettbewerb" ?

Vor dem Hintergrund der gesteigerten Aktivität der DDR-Grenztruppen beim Niederschießen von Deutschen und Ausländern dürfte dieser Artikel "Hohe Wettbewerbsleistungen dienen der Grenzsicherung" von großem Interesse sein, den der Volkarmee-Oberstleutnant Horst Liebig am 19. Juli 1976 in der Ostberliner Wochenzeitung "Volkarmee" veröffentlicht hat.

"Der IX. Parteitag der SED übertrug den Grenztruppen der DDR die Aufgabe, an der Seite der Nationalen Volkarmee und unter allen Bedingungen eine hohe Kampfkraft und Gefechts- bzw. Einsatzbereitschaft zum Schutze des Sozialismus und des Friedens sowie zur Gewährleistung der territorialen Integrität, der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und der staatlichen Sicherheit der DDR zu garantieren. Dieser militärische Klassenauftrag stellt neue und qualitativ hohe Anforderungen an den Dienst der Grenzsoldaten, weil letzten Endes die Beschlüsse des Parteitages das politische Gewicht zuverlässig gesicherter Staatsgrenzen weiter erhöhen.

Das politische Leben in den Partei- und FDJ-Organisationen, überhaupt in allen Kampfkollektiven, wird jetzt geprägt durch das gründliche Studium der Dokumente des Parteitages und die gleichzeitige Realisierung seiner Beschlüsse. Die Grenzsoldaten unternehmen im sozialistischen Wettbewerb 'Kampfkurs IX. Parteitag' große Anstrengungen, um alle politischen und militärischen Aufgaben zu lösen. Allerorts hat sich in den letzten Wochen die Masseninitiative weiter entwickelt. Solche Bewegungen wie 'Patenschaft - starke Kraft, wo Grenzsoldaten zum Postenführer qualifiziert werden, 'Militärkraftfahrer - Meisterfahrer' oder 'Meister der Norm' sind aus dem militärischen Alltag der Grenztruppen nicht mehr wegzudenken. Im Truppenteil Steinbach ist zum Beispiel ein Ideenwettbewerb ins Leben gerufen worden, der das Ziel hat, die Gefechtsbereitschaft weiter zu erhöhen. Die 61 eingereichten Vorschläge sind von hohem Wert und Ausdruck politischer Bewusstheit. Sie zeugen von dem Willen der Willen der Grenzsoldaten, ihre militärische Meisterschaft zu erhöhen und die Disziplin und Ordnung weiter zu festigen.

Wichtig ist immer wieder die Erkenntnis, daß der Gradmesser des Wettbewerbes die zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze der DDR ist. Die

wachsende politische und militärische Verantwortung beim Schutz der Staatsgrenze - dieser internationalistische Klassenauftrag - drückt also dem Wettbewerbsebene unübersehbar den Stempel auf.

Im präzisierten Wettbewerbsprogramm der Grenzkompagnie Piotrowski, Truppenteil 'Martin Schwantes', heißt es, daß die Grenzsoldaten ihren Klassenstandpunkt stärker ausprägen werden und intensiv den Marxismus-Leninismus studieren. Es geht ihnen vor allem darum - im Wettbewerbsprogramm ist es so formuliert - den militärischen Klassenauftrag jederzeit politisch besonnen zu erfüllen. Übrigens wurde die FDJ-Grundorganisation der Grenzkompagnie anlässlich des IX. Parteitages vom ZK der SED mit einem 'Wilhelm Pieck-Ehrenbanner' ausgezeichnet, und die Einheit erkämpfte sich vor kurzem ihren 10. Bestantitel. In dieser Kompagnie kennt jeder die Wettbewerbsziele und seinen Leistungsstand. Den Kompagniechef zeichnet aus, daß er mit seinen Zug- und Gruppenführern stets die Voraussetzungen schafft, daß jeder einzelne seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Welches Wettbewerbsvorhaben und welche Initiativen man hier auch anführen würde, zum Beispiel die Leistungsvergleiche und die Postenführerolympiaden, mehr oder minder stellen sie an jeden einzelnen hohe Forderungen. Es zeigt sich deutlich: Klassenmäßiges Denken, Urteilen und Verhalten charakterisieren immer nachdrücklicher die Vorhaben der Grenzsoldaten.

Das sind gute Positionen, von denen aus der Wettbewerb geführt wird. Und das wiegt um so schwerer, da sich die Mühen im Grenzdienst nicht so leicht oder fast gar nicht in Zahlen und Metern bzw. in Sekunden ausdrücken oder messen lassen. Ins Gewicht fallen vor allem hohe Wachsamkeit, taktische Klugheit, List und Findigkeit und parteiliche Konsequenz im Handeln. Und das alles wiederum hat als Grundlage einen festen Klassenstandpunkt, politisch-ideologische Klarheit und das Wissen vom Sinn des Soldatseins.

Die Partei- und die FDJ-Organisationen richten ihre Aufmerksamkeit darauf, daß jeder Grenzsoldat seine politische Verantwortung versteht, immer danach handelt und im sozialistischen Wettbewerb seinen Anteil an den Vorhaben des Kollektivs leistet. Die Feststellung im Bericht des Sekretariats der Politischen Hauptverwaltung der NVA an die X. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen der DDR, daß der sozialistische Wettbewerb die Suche nach dem Neuen stimuliert und hilft, veraltete Vorstellungen zu überwinden, zu größeren Leistungen anspornt und zu höherer Effektivität führt, ist Richtschnur des Handelns unserer Grenzsoldaten".
(~/9.8.1976/kr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert